

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der F.D.P.**

– Drucksache 14/2915 –

Für eine China-Resolution der VN-Menschenrechtskommission

A. Problem

Die Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China hat sich nach Ansicht der Antragsteller in den letzten zwölf Monaten weiter verschlechtert. Die von der Bundesregierung unterstützte Politik der Europäischen Union auf menschenrechtlichen Dialog hat sich nicht bewährt. Weder die Zeichnung des VN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte noch der Besuch der VN-Menschenrechtsbeauftragten noch der Dialog mit der Europäischen Union haben die chinesische Regierung zu Fortschritten bewegen können.

B. Lösung

Da die diesjährige Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen bereits beendet ist, wird der Antrag – Drucksache 14/2915 – abgelehnt.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/2915 – abzulehnen.

Berlin, den 7. Juni 2000

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Claudia Roth (Augsburg)
Vorsitzende

Rudolf Bindig
Berichtersteller

Hermann Gröhe
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Rudolf Bindig und Hermann Gröhe

I. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/2915 wurde in der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Mai 2000 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Inhalt der Vorlage

Der Antrag stellt fest, dass sich die Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China nach Einschätzung der Menschenrechtsbeauftragten der Vereinten Nationen, Mary Robinson, in den letzten zwölf Monaten weiter verschlechtert hat. Gefangenenlager, staatliche Umerziehung, Morde im Strafvollzug sowie die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Verfolgung von Meditationsbewegungen und unabhängigen Kirchen sind ebenso an der Tagesordnung wie die systematische Diskriminierung der tibetischen Kultur und Religion. Die von der Bundesregierung unterstützte Politik der Europäischen Union auf menschenrechtlichen Dialog hat sich nicht bewährt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine gemeinsame Resolution zur Menschenrechtssituation in China während der diesjährigen Tagung der Menschenrechtskom-

mission der Vereinten Nationen einzusetzen, zusammen mit den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Partnern die Erarbeitung eines abgestimmten Textes zu bewirken, der chinesischen Seite die Fortführung und Intensivierung des Menschenrechtsdialogs anzubieten sowie auf baldige Ratifizierung und Umsetzung der VN-Pakte durch China zu drängen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Auswärtige Ausschuss** hat sich aufgrund der Kürze der Zeit nicht in der Lage gesehen, ein mitberatendes Votum abzugeben.

IV. Ausschussberatung

Da sich der Antrag auf die bereits beendete Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen bezieht, hat der federführende Ausschuss auf eine Aussprache verzichtet. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Berlin, den 7. Juni 2000

Rudolf Bindig
Berichterstatter

Hermann Gröhe
Berichterstatter

